

Guten Tag Herr Naegeli

Wir danken fürs Interesse, anbei unsere Antworten:

- Es gibt weiterhin Berichte von schweren Menschenrechtsverletzungen - gerade auch in Regionen in denen die Schweiz im Ausseneinsatz aktiv ist wie bspw. **Bulgarien** oder **Griechenland**. Was heisst das für die Beteiligung der Schweiz?

Für die GRÜNEN ist klar, dass Menschenrechtsverletzungen durch Frontex sofort beendet und sanktioniert werden müssen. Die Schweiz macht sich durch die Mitfinanzierung von Frontex mitverantwortlich und muss entsprechende Konsequenzen ziehen. Europa darf keine Festung sein. Die Gewalt an Europas Grenzen widerspricht den Grundrechten der Flüchtenden und den grünen Werten fundamental.

- Beteiligung der Schweiz punkto Menschenrechte: Die Abstimmung zeigte durchs politische Spektrum hindurch eine grosse Wichtigkeit von Menschenrechten. Wie wird die Schweiz dem in ihrer Mitarbeit bei Frontex gerecht?

Eine konsequente Menschenrechts- und eine humane Asylpolitik ist nicht mit der Abschottung der Festung Europa vereinbar. Das Gleiche gilt für die Mitfinanzierung von Frontex mit über 60 Millionen Franken. Darum haben die GRÜNEN 2022 auch das Referendum ergriffen. Solange der Bundesrat die Unterstützung von Frontex nicht einstellen will, muss er eine Neuausrichtung der Agentur vorantreiben und sich insbesondere für die Rettung von Menschenleben, den Schutz der Menschenrechte und sichere Fluchtwege einsetzen. Die GRÜNEN kritisieren die Erschwerung des Zugangs zu Asylverfahren seit Jahren – Repression, illegale Pushbacks und Abschottung sind ein Teil davon.

- Was wären wichtige Massnahmen vonseiten der Schweiz? Reichen Lippenbekenntnisse und Forderungen innerhalb von Frontex oder braucht es bspw. direkte Interventionen bei Griechischen und Bulgarischen Behörden?

Nebst einer konsequenten Haltung muss der Bundesrat dokumentierte Menschenrechtsverletzungen konsequent verurteilen und sich auf europäischer Ebene für eine faireres und humaneres Asylwesen einsetzen. Aber auch das Parlament muss Verantwortung übernehmen. Mit dem Postulat 22.3857 (Strafbarkeit von vorsätzlichen Verstössen gegen zwingendes Völkerrecht) haben die GRÜNEN bereits 2022 gefordert, dass illegale Pushbacks als Straftatbestand eingeführt werden, denn dadurch werden elementare Verfahrensrechte verletzt und der Zugang zum Asylverfahren vorsätzlich verweigert.

- Im April 2022 schickte der damalige BAZG-Direktor eine vertrauliche Infonotiz an Bundesrat Ueli Maurer. Es war mitten in der heissen Phase des Abstimmungskampfes. In der Infonotiz ging es um den OLAF-Bericht. Unter anderem wurde summarisch erwähnt, was in diesem stand und das er gravierende Missstände und Fehlverhalten aufdeckte. Dann stand folgendes: «Der Bericht ist für die Medien und die Frontex-Gegnern gerade auch im Zusammenhang mit der Abstimmung am 15. Mai 2022 von grossem Interesse. Solange aber der Prozess im VR nicht abgeschlossen ist, darf dieser nicht veröffentlicht werden können.» In der dazugehörigen Sprachnotiz der Behörden, die den Umgang in der Öffentlichkeit regelt, wird demnach auch nicht auf die brisanten Befunde eingegangen. Was ist davon zu halten? Wäre es nicht möglich (oder gar nötig) gewesen, die erforderliche Geheimhaltung einzuhalten und die Öffentlichkeit trotzdem adäquat zu informieren?

((Off the record: Diese Frage ist zu einem grossen Teil rechtlich und können wir deshalb nicht einschätzen. Es gibt ja

immer auch staatliche Verpflichtungen, welche zum Beispiel dem Transparenzgrundsatz widersprechen können – wie das hier vielleicht der Fall war.) Grundsätzlich müssen bei Volksabstimmungen alle relevanten Tatsachen der Bevölkerung unterbreitet werden, die veröffentlicht werden dürfen. Dazu gehören auch bekannte, gesicherte Hinweise über gravierende Missstände und Fehlverhalten, welche im Zusammenhang mit dem Geschäft stehen. Ansonsten ist die freie Willensbildung der Bevölkerung womöglich nicht gegeben.

Bei Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung

Freundliche Grüsse

Luzian Franzini

Generalsekretär / secrétaire général

luzian.franzini@gruene.ch

@franzini.bsky.social

Tel.: +41 31 326 66 15

<https://gruene.ch/mitglied-werden>